

## **Tages-Anzeiger vom 16. Juni 2004**

Patienten zweiter Klasse

### **Sparen wird für Patienten spürbar**

Jetzt wird es ernst: Erstmals sollen in den Spitälern Qualitätsstandards gesenkt werden. Wo bisher von Rationalisierung die Rede war, soll nun ganz konkret die Qualität der medizinischen Versorgung verschlechtert werden. So hatte es die Gesundheitsdirektion Ende letzten Jahres angekündigt, so hat es Verena Diener am letzten Freitag an ihrer Medienkonferenz kundgetan. Was das allerdings konkret heisst, da bleibt man lieber im Vagen. Es könnte sich ja Widerstand regen. Im Vorfeld der angekündigten Pressekonferenz ging die Angst um, viele fürchteten erneute Spitalschliessungen, Entlassungen in grossem Stil. Erleichtert fast mag man da zur Kenntnis nehmen, dass keine weiteren Spitäler geschlossen, dass "nur" 208 Stellen abgebaut werden. Doch wie wird sich der weitere Spardruck auf den Alltag im Spital auswirken? Es werden wieder die Angestellten sein, die am Krankenbett ausbaden müssen, was oben niemand so ganz genau deklarieren wollte. Sie werden vor dem Patienten verantworten müssen, warum er nicht bekommt, was er eigentlich bräuchte. Die schlechtere Versorgung soll den Anreiz erhöhen, sich Zusatzversicherung zu lassen. Denn nur privat versicherte Kranke bringen Profit.

Warum sparen wir eigentlich ein funktionierendes Gesundheitssystem kaputt? Wegen der Kostenexplosion? Die hat gar nie stattgefunden, hat das Bundesamt für Statistik letztes Jahr verkündet. Explodiert sind lediglich die Krankenkassenprämien, weil sich der Staat aus der Finanzierung des Gesundheitswesens zurückgezogen und die Last auf die Privathaushalte abgewälzt hat. Und warum spart der Staat? Weil ihm durch Steuersenkungen (zugunsten der Begüterten) das Geld abgegraben worden ist.

Im Grunde genommen sollte es genau umgekehrt sein: Anstatt dass zuerst die Steuern reduziert und dann entsprechend zusammengespart und abgebaut werden muss, sollte zuerst die Aufgabe des Staates beispielsweise im Gesundheitswesen definiert werden, um dann entsprechend den anfallenden Kosten die Steuern festzulegen. Sinn und Zweck des Staates ist doch die Sicherstellung einer adäquaten Gesundheitsversorgung und nicht die Profitmaximierung der Privatspitäler!

GIAN BISCHOFF, ZÜRICH Vorstandsmitglied Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzte